

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 13.10.2026)

Titel: **Brandenburg darf nicht zur CO₂- Müllhalde Deutschlands werden – CCS strikt auf unvermeidbare Restemissionen begrenzen und fossile Sackgassen stoppen**

Antragstext

Der Kreisverband Oder-Spree möge folgenden Antrag zur Landesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einreichen:

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

1. Wir lehnen den Antrag der SPD- und CDU-Fraktion im Brandenburger Landtag (Drucksache 8/3493) zur Ermöglichung der CO₂-Speicherung in Brandenburg entschieden ab und verurteilen den Wortbruch der Landesregierung.
2. Wir fordern die Landesregierung auf, das Gesetzesvorhaben zur Schaffung von CO₂-Endlagern in Brandenburg umgehend zurückzuziehen und stattdessen eine Industriestrategie vorzulegen, die konsequent auf erneuerbare Energien, grünen Wasserstoff und echte Kreislaufwirtschaft setzt.
3. CCS darf ausschließlich für technisch unvermeidbare Restemissionen (z. B. Zementindustrie) zugelassen werden und sollte nur offshore erfolgen. Die Nutzung für Kohle- und Gaskraftwerke muss ausgeschlossen werden, um fossile Geschäftsmodelle nicht künstlich zu verlängern.
4. Der Schutz von Grundwasser und Trinkwasserreservoirien hat oberste Priorität. CCS-Anlagen und -Transporte in Naturschutzgebieten müssen konsequent ausgeschlossen werden.

-
- 18 5. Wir fordern ein echtes Beteiligungsverfahren, das den Menschen vor Ort ein
19 verbindliches Mitbestimmungsrecht einräumt – inklusive der Option,
20 geplante Vorhaben abzulehnen.

Begründung

Die Regierungskoalition aus SPD und CDU will mit einem Landesgesetz bis zum zweiten Quartal 2027 die Voraussetzungen für CO₂-Endlager unter Brandenburg schaffen. Noch im Juni 2025 erklärte der damalige Wirtschaftsminister Daniel Keller (SPD): „Eine CO₂-Speicherung in Brandenburg strebt die Landesregierung nicht an“. Der jetzt vorliegende Antrag der Koalitionsfraktionen öffnet die Tür für die unterirdische Speicherung von Kohlendioxid und macht Brandenburg potenziell zum Auffangbecken für Emissionen aus ganz Deutschland.

CCS (Carbon Capture and Storage) kann dort eine Rolle spielen, wo Emissionen technisch unvermeidbar sind – etwa in der Zementindustrie. Doch der Antrag von SPD und CDU begrenzt die Anwendung kaum und erfasst ausdrücklich auch die Kohleindustrie sowie Gaskraftwerke. Das ist klimapolitisch und wirtschaftlich der falsche Weg: Statt fossile Strukturen zu überwinden, werden sie durch staatlich finanzierte CO₂-Infrastruktur künstlich am Leben gehalten. Speicherkapazitäten, die für tatsächlich unvermeidbare Restemissionen benötigt werden, stehen dann nicht mehr zur Verfügung.

Besonders alarmierend sind die Risiken für die Menschen vor Ort: Die Verpressung von CO₂ bedrohen Grundwasser und Trinkwasserreservoir. Zudem sieht das Bundesrecht einen diskriminierungsfreien Zugang zu CO₂-Speichern vor – Unternehmen aus anderen Bundesländern könnten ihre Emissionen nach Brandenburg bringen, während die Risiken, die dauerhafte Überwachung und die Kosten vor Ort verbleiben.

Die angekündigten „Dialogformate“ sind unglaubwürdig, solange die politische Richtung bereits feststeht. Echte Beteiligung muss die Möglichkeit einschließen, das Vorhaben abzulehnen.